

Endspurt gegen den Wegweisungsartikel

Mit Engagement und Kreativität kämpft das «Bündnis Luzern für alle» gegen den Wegweisungsartikel. Denn er würde keine Probleme lösen, dafür Menschen ausgrenzen und der Aushöhlung des Rechts Tür und Tor öffnen.

Als Sprachrohr der Ausgegrenzten und Unerhö(h)rtten arbeitet die ausserparlamentarische Vereinigung «Bündnis Luzern für alle – Wegweisung ist Willkür!» gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes, das eine allgemeine Wegweisungsnorm einführen will. Auch die verschiedenen Parteimitglieder, die dem Bündnis angehören, sehen sich unabhängig von ihren Parteidogmen. Ohne Führerin oder Führer erörtert das Bündnis sozialpolitische Themen unserer heutigen, schnelllebigen Stadt – prekäre Themen wie Ausgrenzung, Wegweisung, Verachtung, Unachtsamkeit, Abhängigkeit, Hilflosigkeit, Schikane, Hetze. Das Selbstbewusstsein der am Rande Stehenden soll gestärkt, erniedrigende Not publiziert und Unwissende sollen aufgeklärt werden. In den zweieinhalb Jahren des Agierens konnte das Bündnis in der Stadt Luzern einiges bewegen, sei es im Grossen Rat, in den «linken» Parteien und anderen Organisationen und Vereinigungen, bei der Gassenarbeit und den Gassenleuten. Und es arbeitet weiter daran, eine andere Sozial- und Sicherheitspolitik zu vermitteln.

Bis weit in die linke Polit- und Gesellschaftsszene haben sich Ignoranz und Sturheit verbreitet. Dies führt zu einer teilweisen Verkennerung der Realitäten. Weil offenbar die linken Parteien nicht fähig sind, sich einig gegen die angestrebte repressive Sicherheitspolitik zu wehren, sollen nun manchen Mitmenschen Platz und Daseinsberechtigung streitig gemacht werden. Aber wird denn der Wegweisungsartikel die Mädels und Jungs während eines Polterabends wirklich in Schach halten können? Verhindert er Ab-



Am 1. Juli reichte das Bündnis die Unterschriften für das Referendum ein und demonstrierte mit dem Container, dass Menschen nicht wie Abfall behandelt werden dürfen.

Bild: zvg

stürze der jungen Landbevölkerung? Entlädt er den Frust der weniger Anpassungsfähigen?

Schlechtes Beispiel Bern

Der Artikel wird keine nachhaltigen Verbesserungen bringen, weil der Staat individuelle Bedürfnisse, Lebenshaltungen und Moral nicht kontrollieren kann. Nach und nach werden unwirksame Methoden eingeführt, durch die «nicht konforme» Menschen nur noch mehr zur Last fallen können. In Bern, wo nach jahrelanger Wegweisungspraxis die Leute immer wieder zurückkehren, wurde nun ein neues Bahnstättensystem eingeführt, das noch mehr Verbote und Einschränkungen enthält. Polizeiliche Aufgaben werden an die private Securitas abgegeben und

kommerzielle Veranstaltungen auf das ganze Bahnhofsareal ausgeweitet.

Durch Altstadtverordnung und bestehende Gesetze ist es bereits heute möglich, präventiv für Ruhe und Ordnung zu sorgen und Menschen von bestimmten Orten «wegzuweisen». In jüngster Zeit sei dabei

an die systematische Vertreibung der Leute im Luzerner Vögelgärtli und vor dem KKL, an das unverhältnismä-

sig verhinderte Strassenfest der Aktion Freiraum oder die Verbannung des neuen Wagenplatzes erinnert. Wenn es also heute schon möglich ist, Gefahren und Straftaten zu verhindern, wie weit wird es dann gehen, wenn schon der begründete Verdacht genügt, um ein Rayonverbot auszusprechen? Dieser schwammige und willkürlich auslegbare Ar-

tikel öffnet der Aushöhlung des Rechts Tür und Tor.

Persönliche Freiheit oder bedrückender «City-Groove»?

Dadurch, dass das öffentliche Leben hierzulande dermassen strukturiert, geregelt, und durchorganisiert ist, wird es immer schwieriger, Individualität auf den Strassen ausleben und sich frei zu bewegen. Jeder Quadratmeter ist deklariert, sei es als Restaurant, Ladenvorplatz, Platz, Spielplatz, Einfahrt oder sonst irgendeine Zone. Kommerzfremde Öffentlichkeit gibt es kaum noch. Aber rechtfertigt die kapitalistische Produktions- und Lebensweise Demütigungen und Ausgrenzungen?

Der Wegweisungsartikel will missliebige Personen aus dem öffentlichen Raum fernhalten, weil sie ihn nicht bestimmungsgemäss nutzen. Ist es nicht kleinkariert, zu erwarten, dass ein Bahnhof nur als Warten auf öffentliche Verkehrsmittel benutzt wird? Auch mich stören zum Beispiel Konsumkids, Spiessbürger, Hektik und Drängelei am Bahnhof. Trotzdem lasse ich sie ungehindert vorbeiziehen. Ich finde, wir dürfen uns nicht damit begnügen, Grundfreiheiten zu schützen. Vielmehr sollten wir danach fragen, wie es heute konkret um den Begriff Freiheit steht.

Abstimmungskampagne

Das Abstimmungsdatum am 8. Februar 2009 rückt immer näher. Das Bündnis ist angesichts der medialen Hetze gegen Menschen, die nicht in den normalen Rahmen passen, mit vielen Angst schürenden und kritischen Komponenten konfrontiert. Nichtsdestotrotz, wird das Bündnis weitläufig unterstützt und wir freuen uns auf einen aktiven und kreativ geführten Abstimmungskampf, welcher breit getragen wird.

PS: Ursula Stämmer betont immer wieder, wie sehr die VBL-Chauffeure sich über die Leute am Bahnhof nerven müssen. Aber über die miesen Löhne und Arbeitsbedingungen, die seit eh und je beanstandet werden, verliert sie kein Wort!

Lidia

Ausführliche Infos unter:
www.luzernfueralle.ch

«Wir sollten danach fragen, wie es heute konkret um den Begriff Freiheit steht.» Lidia

Die AC GasseChuchi an der Schweizermeisterschaft

Am 13. September war die Homeless Street Soccer Schweizermeisterschaft in Basel, an der auch die Fussballmannschaft AC GasseChuchi teil genommen hat. Trotz widrigen Wetterbedingungen war die Mannschaft top motiviert, um den Titel zu kämpfen. Im ersten Spiel führte die AC GasseChuchi bereits nach fünf Minuten mit 2:0 gegen Wil. Leider verletzte sich Blum bereits kurz nach der ersten Hälfte des Spiels und musste dann ab dem zweiten Spiel aussetzen. Die Wiler

nutzten diesen Vorteil und gewannen das Spiel schlussendlich mit 3:2. Die AC GasseChuchi benötigte dringend Unterstützung. Kameradschaftlich stellten die Wiler einen Spieler zur Verfügung. Trotzdem konnte das zweite Spiel nicht gewonnen werden. Beim letzten Gruppenspiel sammelten dann die Chuchi-Kickers nochmals all ihre Kräfte und konnten so mit viel Engagement das Spiel mit 4:0 für sich entscheiden. Mit drei Punkten kamen die Luzerner in die Barrage, wo ein Penalty-

schiesen erfolgte. Trotz drei Treffern aus sechs Penaltys schied die Mannschaft jedoch aus. Da die Wiler im Viertelfinal nun ihrerseits zu wenige Spieler hatten, spielten die Luzerner nun Teilsätze für die Wiler. Auch für Wil ging das Turnier jedoch nach dem Viertelfinal zu Ende. Der Abschied zwischen den Wiler und den Luzerner Spielern war herzlich, und man freut sich jetzt schon auf die erneute Begegnung am nächsten Turnier.

Manuel Brillant

Aids-Prävention und Hepatitis-Prävention Flashbox am Automaten

Saubere Spritzen, Ersatznadeln, Alkoholtupfer, Wasser und ein Präservativ befinden sich in einer Packung Flashbox.

Packungen können am Automaten rund um die Uhr für drei Franken bezogen werden.

Standorte der Automaten:

– Rückseite des Luzerner Theater
– Seetalplatz auf Reussbühler Seite

Haben Sie Anregungen? Das Sekretariat Kantonsapothek (041/228 67 32) nimmt sie gerne entgegen.

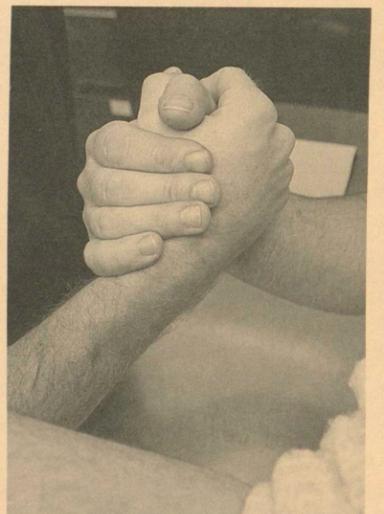
Gemeinsam gegen Ausgrenzung

Personen und Einrichtungen mit alternativen oder sozialen Zielen wurden in letzter Zeit Opfer von Gewalt. Das können wir nicht einfach hinnehmen.

Das «Komitee für eine Stadt ohne Ausgrenzung» hat den November zu einem Aktionsmonat gegen Ausgrenzung erklärt. Damit reagiert es auf die jüngsten Übergriffe gegen Randgruppen in Luzern. Durch Vokü's (Volksküche), Infoveranstaltungen, musikalische und andere Darbietungen soll die Öffentlichkeit auf diese Missstände aufmerksam gemacht werden. Der Aktionsmonat gipfelt in einer Abschlusskundgebung am 13. Dezember (Bewilligung eingereicht).

Politischer Hintergrund

Die monatelange emotionsgeladene Debatte um Konflikte im öffentlichen Raum, die so weit führte, dass eine ganze Gesellschaftsgruppe nur noch als «Problem» dargestellt wird, musste früher oder später auch zu physischer Gewalt führen. Auch wenn über die Motive noch keine Klarheit besteht, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Gewalttaten explizit gegen Andersdenkende wenden. Denn Angriffe auf Personen und Einrichtungen mit alternativen oder sozialen Zielen und Lebensvorstellungen haben massiv zugenommen. Genau die Gruppen, die die Politik kriminalisieren will, wurden jüngst Opfer von teils lebensgefährlichen Angriffen. Es verwundert nicht, dass eine Politik der Ausgrenzung vermehrt rechts-extreme Übergriffe mit sich zieht. Sie schafft einen Nährboden für Gewalttaten. Dagegen will das Komitee ein starkes Zeichen setzen; es ruft die Gesellschaft auf, ihre Solidarität mit den Opfern solcher menschenverachtender Gewalt zu



Sich zusammenschliessen und gemeinsam für eine offene Stadt einstehen.

Bild: Is

zeigen und die Augen nicht länger zu verschliessen.

Von den politischen Verantwortlichen und der Polizeiführung wird eine lückenlose und gewissenhafte Aufklärung der Anschläge gefordert.

Setzen wir gemeinsam Zeichen gegen die repressive Sicherheitspolitik der Stadt Luzern, gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen und für ein respektvolles Klima in unserer Gesellschaft!

Lidia